

Ich bitte Sie deshalb, die Güte zu haben, einstweilen mit mir zu korrespondieren, und übernehme ich jede Verantwortlichkeit, die Ihnen daraus möglicherweise entstehen könnte dem Generalrat gegenüber. Wir haben die Absicht, das Sekretariat für Dänemark einem Franzosen, einem Mitglied der Pariser Kommune, zu übertragen.

Mit sozialistischem Handschlag und Gruß
Ihr
F. Engels.

Ich habe die portugiesischen Aufsätze ins Französische übersetzt, weil diese Sprache eine fast wörtliche Übersetzung erlaubt, und ich habe diese so genau wie möglich gemacht, ohne Rücksicht auf Eleganz oder auch nur Korrektheit des französischen Stils.

Die Berliner Januarunruhen im Jahre 1919

Von Heinrich Cunow

Obgleich seit der deutschen Novemberrevolution des Jahres 1918 kaum 28 Monate verfloßen sind, findet der kritische Beobachter des deutschen Büchermarktes diesen nicht nur durch eine Riesenslut von allerlei parteiischen Erinnerungsschriften, aufgepußten Episodenschilderungen und sensationellen Enthüllungen überflutet, sondern es liegen auch bereits eine ganze Reihe Versuche vor, den Gesamtverlauf des ersten oder der beiden ersten Revolutionsjahre geschichtlich darzustellen.

Daß diese unter der Bezeichnung einer »Geschichte der deutschen Revolution« und anderen anmaßenden Titeln erschienenen oder im Erscheinen begriffenen »Geschichtswerke« vom historischen Standpunkt aus durchweg einen recht geringen Wert haben und zum Teil zu der Gattung der schlimmsten Geschichtsklitterungen gehören, ist selbstverständlich. Oft scheinen sie nur geschrieben, um dem Verfasser ein Honorar und dem Verleger einen Gewinn einzufragen oder den Erzähler als großen Revolutionshelden und mit scharfem Blick begabten, alle kommenden Ereignisse vorauserkennenden Politiker hinzustellen. Aber selbst wenn man von derartigen offenen und versteckten Selbstglorifizierungen sowie den lediglich im Dienste bestimmter Parteirichtungen abgefaßten in historischem Gewand auftretenden Agitationschriften absteht und nur jene ernstlichen Versuche einer Geschichtsdarstellung in Betracht zieht, die sich bemühen, aus dem Wirrwarr der Berichte, Gerüchte und Eigenbeobachtungen ein zuverlässiges Geschichtsbild zu gewinnen, ist das Urteil, zu dem man bei genauer Prüfung kommt, ein abfälliges; denn noch fehlt das geschichtliche Quellenmaterial für eine auch nur halbwegs objektive Gesamtdarstellung. Die Urkunden, die erst einen einigermaßen sicheren Einblick in das politische Getriebe zu gestatten vermögen, wie zum Beispiel die Protokolle, Berichte und Geheimverfügungen der Behörden, die Verhandlungsniederschriften der Parteivorstände und Parteiaussschüsse, der Briefwechsel zwischen leitenden Persönlichkeiten, die Rechnungsausweise über die Ausgaben der Räteorganisationen und der Verwaltungskämter usw. — alle diese und andere wichtige Unterlagematerialien ruhen meist noch in den Archiven oder in den Aktenschränken der Behörden und der befehligten Privatpersonen.

Daher ist der Darsteller der jüngsten Geschichtsperiode heute noch fast ausschließlich auf Zeitungsberichte, Erzählungen von Augenzeugen und umlaufende Gerüchte angewiesen — Geschichtsquellen, die natürlich in einer Zeit, wo jeder aufs stärkste an den Vorgängen interessiert ist und die poli-

fische Leidenschaft alle Gemüter beherrscht, noch unzuverlässiger sind als sonst. Zudem aber wird sich jeder Geschichtschreiber — auch jener, der sich ernstlich vornimmt, möglichst objektiv zu berichten — stets von Vorgängen, die er selbst miterlebt hat und die in ihm bestimmte parteipolitische Eindrücke und Stimmungen hinterlassen haben, in seiner Darstellung mehr beeinflussen lassen als durch viel weiter zurückliegende Ereignisse, an denen er kein eigentliches persönliches Interesse mehr hat und deren historische Bedeutung durch ihre späteren Folgen eine gewisse Korrektur erfahren hat.

Ein besseres Material zur Beurteilung der auf die Revolution des 9. November folgenden inneren Parteikämpfe und besonders der Berliner Januaraufstände, als die erwähnten Revolutionsgeschichten, bietet entschieden der jetzt erschienene Bericht des Untersuchungsausschusses der Preussischen verfassunggebenden Landesversammlung (Drucksache Nr. 4121 A) über die »Januarunruhen 1919 in Berlin«. In kurzen, aber auf genauen Feststellungen beruhenden Mitteilungen wird dort berichtet über die Bildung der Revolutionsregierung, die Opposition des Spartakusbundes, die Entstehung der Sicherheitswehr, der Volksmarinedivision und der republikanischen Soldatenwehr, dem Zusammenstoß der Volksmarinedivision mit einer Bevölkerungsmenge vor dem Berliner Polizeipräsidium, die Fehde der Sicherheitswehr gegen den Polizeipräsidenten Eichhorn, die Heße gegen Wels und Ebert, den Einzug der Fronttruppen in Berlin, die Kämpfe der Volksmarinedivision um das Marfallgebäude am 23. und 24. Dezember 1918 usw. bis zum Abschluß der Kämpfe um das Vorwärtsgebäude.

Noch wichtiger als dieser Bericht des parlamentarischen Untersuchungsausschusses, der die Geschichte der ersten beiden Monate der Berliner Revolutionsbewegung auf 26 Großquartseiten zusammenfaßt und deshalb viele Einzelheiten unberücksichtigt lassen muß, sind die beigegebenen Aktenstücke. Sie bestehen erstens in einem Band »Niederschriften über die erhobenen Beweise zum Bericht über die Januarunruhen«, 371 Seiten Großquart umfassend, der die Aussagen der in 34 Ausschuss-Sitzungen vernommenen 78 Zeugen enthält, zweitens in einem »Urkundenband zum Bericht über die Januarunruhen«, 110 Seiten Großquart, mit Flugblättern der revolutionären Parteien, Zeitungsauszügen, Aufrufen, Erlassen der Volksbeauftragten, Polizeiberichten, Beschwerden und Verfügungen der Behörden, Ankündigungen der Volksmarinedivision, Sitzungsprotokollen, Denkschriften usw. Ein sehr reichhaltiges, zum größten Teil noch völlig unbekanntes Quellenmaterial, dem noch ein dritter Teil mit Anlagen zum Urkundenband folgen soll.

Für die ersten zwei Monate der revolutionären Parteikämpfe in Berlin ist diese Sammlung von Zeugenaussagen und Aktenstücken meines Erachtens noch von größerer Bedeutung als für die große Französische Revolution die unter Aufsicht des Pariser Munizipalrats erschienene »Collection de documents relatifs à l'histoire de Paris pendant la révolution française« (Sammlung von Dokumenten betreffend die Geschichte von Paris während der Französischen Revolution).

Leider behandelt der Untersuchungsbericht mit seinen Anlagen nur die Verhältnisse in Berlin und die Zeit vom 9. November 1918 bis 12. Januar 1919. Ursprünglich war, entsprechend einem Ergänzungsantrag des preussischen Landtagsabgeordneten Gronowski, geplant, den Verlauf der Unruhen

in anderen Teilen Preußens in gleicher Weise zu untersuchen, und tatsächlich wurden auch die nötigen Vorbereitungen für die Untersuchung der Unruhen in Mitteldeutschland, im Ruhrrevier und in Oberschlesien getroffen. Doch stellten sich diesen Nachforschungen von vornherein starke Widerstände entgegen, und der Rapp-Putsch sowie der Friedensvertrag türmten, namentlich in Oberschlesien, so viele neue Hindernisse auf, daß der parlamentarische Untersuchungsausschuß in seiner 37. Sitzung am 19. April 1920 beschloß, von weiteren Beweiserhebungen Abstand zu nehmen. Ein Beschluß, den die künftigen Geschichtsschreiber der jetzigen Revolutionsepöche sicherlich einft sehr bedauern werden, der aber in Unbetracht der tatsächlich vorhandenen Untersuchungsschwierigkeiten begreiflich erscheint.

*
*
*

Auf die einzelnen Ergebnisse der Untersuchung einzugehen, verbietet der Raum dieser Zeitschrift. Es würde dazu eine ganze Artikelserie nötig sein. Zur Charakterisierung des von dem Abgeordneten Heilmann erstatteten Berichts möchte ich mich auf einen kurzen Auszug aus dem dritten Abschnitt über »Die Volksmarinedivision und die Kämpfe des 23. und 24. Dezember 1918« beschränken, sind doch seinerzeit von der Tagespresse die abenteuerlichsten Meldungen über diese Kämpfe verbreitet worden. Nachdem der Bericht die Entstehung der Volksmarinedivision und den unheilvollen Einfluß des ehemaligen Infanterieleutnants Dorrenbach in diesem Truppenkörper geschildert hat, heißt es weiter:

Etwa gleichzeitig mit der Übernahme des Kommandos der Volksmarinedivision durch Dorrenbach spitzte sich die Frage der Beschaffung der für sie nötigen Mittel stark zu. Die Reichsregierung wünschte eine Verringerung der mit vielen Papier-soldaten überlasteten Truppe auf 600, höchstens 1500 Mann sowie die Räumung des Schlosses; sie unterstellte die Volksmarinedivision der Kommandantur, um nicht neben den drei in Berlin bereits vorhandenen Kommandostellen über die bewaffnete Macht, der Kommandantur, dem Polizeipräsidium und dem Generalkommando beziehungsweise Kriegsministerium noch eine vierte Kommandostelle zu haben und dadurch den Wirrwarr in der Kommandoführung noch zu vergrößern. Bereits bei der Auszahlung der am 31. Dezember fälligen Dekade der Löhnung hatte die Reichsregierung Schwierigkeiten gemacht und Kommandantur wie preußisches Finanzministerium dringend angewiesen, die Räumung des Schlosses durch die Volksmarinedivision alsbald herbeizuführen; auch die Volksmarinedivision hatte sie dazu verpflichtet. Daraufhin hatten die Herren Heinig und Horn und ebenso die Kommandantur neue Verhandlungen mit der Volksmarinedivision über die Räumung der von dieser innegehabten Räume eingeleitet; dabei suchte die Kommandantur die Räumung von Schloß und Marstall zu erzielen, während das Finanzministerium zunächst befriedigt gewesen wäre, wenn die Volksmarinedivision aus dem Schlosse herausgegangen wäre. Die Kommandantur bot der Volksmarinedivision neue Räume an der Stechbahn 1 für ihre Bureaus an, doch lehnte nach längeren Verhandlungen die Volksmarinedivision die Räume als ungeeignet ab, obwohl die Kommandantur bedeutende Anstrengungen gemacht hatte, ihren Wünschen im einzelnen zu entsprechen. Währenddem entwarf der Beauftragte des Finanzministeriums Heinig einen Vertrag mit der Volksmarinedivision, worin diese sich verpflichtete, aus dem Schlosse herauszugehen, sobald ihr im Marstall geeignete weitere Räume zur Verfügung gestellt wären. Der Vertragsentwurf wurde von beiden Parteien gezeichnet, seitens des Finanzministeriums trägt er die Unterschrift: Kurt Heinig, vorbehaltlich der Zustimmung der Minister Simon und Dr. Südekum. Niedergeschrieben wurde der Entwurf von Dorrenbach, der dabei den unabhängigen

Finanzminister Hugo Simon mit dem damaligen Direktor der Reichskanzlei Dr. Simons, dem jetzigen Reichsminister des Auswärtigen, verwechselte und daher den Namen mit einem »s« am Ende schrieb. Finanzminister Simon nahm an dem Entwurf nur einige unwesentliche Änderungen vor (vergl. Urkundenband, 16. Aktenstück), und auch der Finanzminister Dr. Südekum war an sich der Annahme des Entwurfs geneigt, beide Herren wollten jedoch nicht eigenmächtig ohne Zustimmung der Kommandantur handeln; der Stadtkommandant Wels hatte Bedenken gegen den Vertrag, einmal, weil es gerade Räume im Marfall sein sollten, die der Volksmarinedivision zugewiesen werden müßten, andererseits, weil er die Ausführbarkeit eines solchen Vergleichs bezweifelte. Der Vertragsentwurf wurde also nicht vollzogen, insbesondere nicht, weil inzwischen durch das Eingreifen der Volksbeauftragten die Angelegenheit der Volksmarinedivision eine andere Wendung genommen hatte.

Die Volksbeauftragten hatten nämlich beschlossen, die Kommandantur anzuweisen, den für die Auszahlung der Löhnung in der nächsten Dekade notwendigen Betrag von 80 000 Mark erst dann herzugeben, wenn die Volksmarinedivision das Schloß geräumt und die Schlüssel auf der Kommandantur abgeliefert hätte. Um jeden Zweifel an der Meinung der Volksbeauftragten zu heben, war dieser Beschluß von allen sechs Volksbeauftragten unterzeichnet und der Leitung der Volksmarinedivision unmittelbar zugestellt worden. Gleichzeitig erging Mitteilung an die Kommandantur, die 80 000 Mark bereitzuhalten. Das Geld wurde noch am Nachmittag des Beschlustags von der Reichsbank abgeholt (vergl. Urkundenband, 13. Aktenstück und Niederschriftenband, S. 16 unten). Intendanturrat Dr. Bongard, der die Leitung der Kassengeschäfte in der Kommandantur hatte, sorgte dafür, daß an diesem Sonnabend, dem 21. Dezember, und am Sonntag, dem 22. Dezember, der mit der Auszahlung der Summe beauftragte Beamte ständig und bis zum späten Abend in der Kommandantur anwesend war. Es erschien indessen von der Volksmarinedivision niemand, um das Geld abzuholen. Da nicht die Volksmarinedivision, wohl aber Herr Heinig der Kommandantur mitgeteilt hatte, daß die bisher zur Verfügung gestellten Räume an der Stechbahn der Volksmarinedivision nicht paßten, machte die Kommandantur neue Geschäftsräume in der Französischen Straße 32 ausfindig. Erst am 23. Dezember, zwischen 10 und 11 Uhr, erschien ein Vertreter der Volksmarinedivision, um die 80 000 Mark zu holen. Er versprach, daß das Schloß noch am gleichen Tag geräumt werde, und wurde beschieden, daß es geräumt sein müsse, ehe die Summe ausgezahlt werden dürfte. Daraufhin begaben sich die Vertreter der Volksmarinedivision mit dem Feldwebelleutnant Rohloff von der Kommandantur nach der Französischen Straße und besichtigten das Gebäude; sie wünschten nicht den leerstehenden rechten Flügel, sondern den linken Flügel zu beziehen, in dem die Feldkriegskasse Brüssel untergebracht war. Auf Anweisung der Kommandantur mußte diese sofort umziehen, und um 1 Uhr mittags waren die von den Matrosen gewünschten Räume frei; auch stellte die Kommandantur-Tische und Stühle zur Bureaueinrichtung zur Verfügung. Die Mitglieder der Volksmarinedivision packten ihre Sachen im Schlosse zusammen und bereiteten den Umzug vor. (Vergl. auch Urkundenband, 12. Aktenstück.)

Dorrenbachs Fälschungen

Warum gleichwohl der Umzug nicht erfolgt ist, warum es trotz alledem zu Blutvergießen kommen mußte, ist nahezu unerklärlich. Tatsache ist, daß die Volksmarinedivision wiederholt wertvolle Tage hatte verstreichen lassen, ohne ihren Umzug im Einvernehmen mit der Kommandantur tatkräftig zu betreiben. Tatsache ist ferner, daß die Leitung der Volksmarinedivision nicht am Schlosse klebte, sondern im Gegenteil den Wunsch hatte, so bald wie möglich herauszukommen, schon um den ewigen Angriffen gegen die Volksmarinedivision wegen der Diebstähle im Schlosse den Boden zu entziehen. Aber Äußerungen einzelner Vertreter der Volksmarinedivision auf der Kommandantur ließen erkennen, daß ihrem Bemühen um fried-

liche Verständigung und Räumung des Schlosses in der Volksmarinedivision selbst erhebliche Schwierigkeiten bereitet wurden. Dorrenbach zeigte den Matrosen den zwischen Helmig und der Volksmarinedivision vereinbarten Vertragsentwurf und behauptete, daß er die Unterschrift der beiden Minister gefunden hätte; er zeigte sogar diese »Unterschriften« den Führern der Volksmarinedivision vor — allerdings wiederum mit dem verräterischen Simons statt Simon —, und danach mußten diese annehmen, daß sie berechtigt wären, ihre Löhnung zu empfangen und im Schlosse zu bleiben, bis eben neue Bureauräume im Marfall bereitgestellt wären.. Planmäßig erweckten bei der Volksmarinedivision Dorrenbach und Albers den Eindruck, daß die Regierung gar nicht ernsthaft gewillt wäre, schroff vorzugehen, daß aber die Kommandantur der Volksmarinedivision feind sei und sie mit allen Mitteln zu schädigen suche.

Festnahme der Volksbeauftragten

In der fünften Nachmittagsstunde rief der Volksbeauftragte Barth die Kommandantur an, daß die Vertreter der Volksmarinedivision bei ihm erschienen seien und ihm die Schlüssel zum Schlosse übergeben wollten. Es muß festgestellt werden, daß tatsächlich die Räumung des Schlosses durch die Volksmarinedivision zu diesem Zeitpunkt noch nicht begonnen hatte, geschweige denn, daß sie vollendet gewesen wäre. Stadtkommandant Weis erwiderte dem Volksbeauftragten Barth, er sei bereit, daraufhin das Geld auszusahlen, wenn ihm der Volksbeauftragte Ebert Anweisung dazu gäbe. Es hatte nämlich unter den Volksbeauftragten eine gewisse Ressortenteilung stattgefunden, bei der die militärischen Fragen dem Volksbeauftragten Ebert zugewiesen worden waren. In diesem Augenblick wurde das Telefongespräch unterbrochen, weil die Matrosen im Übermaß der Ungeduld den ordnungsmäßigen Weg verlassen hatten und mit Gewalt vorgingen; sie hatten die Telephonzentrale der Reichskanzlei besetzt, und die Wache der Volksmarinedivision, die zum Schutze der Volksbeauftragten im Hause der Reichskanzlei anwesend war, nahm die Volksbeauftragten fest und beraubte sie ihrer Bewegungsfreiheit. Der Führer der Matrosenabteilung in der Reichskanzlei, Junge, war bei diesem Vorgehen nicht zugegen, weil er in Dienstgeschäften sich nach dem Marfall begeben hatte, wohl aber nahm Dorrenbach persönlich an der Aktion teil und erklärte nachher, die Verantwortung dafür tragen zu wollen.

Der Anschlag auf die Volksbeauftragten war nur von kurzer Dauer. Von dem mit Hilfe einer verborgenen direkten Fernsprecheitung benachrichtigten Kriegsministerium wurden alsbald eine Anzahl regierungstreuer Truppen in Marsch gesetzt und erschienen in der Wilhelmstraße. Aber sie brauchten nicht mehr einzugreifen; die Matrosen hatten sich inzwischen von der Unrechtmäßigkeit und Unförmigkeit ihres Vorgehens bereits überzeugt und den Volksbeauftragten die Freiheit zurückgegeben. Es wäre diesen ein leichtes gewesen, mit Hilfe der zahlenmäßig überlegenen Regierungssoldaten an den 125 Mann der Volksmarinedivision Rache zu nehmen oder sie entwaffnen und verhaften zu lassen. Die Volksbeauftragten waren über das Verhalten ihrer eigenen Wache begreiflicherweise aufs äußerste empört; mußte die Reglerin doch jede Autorität in ganz Deutschland verlieren, wenn jeder aus irgendeinem Grunde zufällig unzufriedene Berliner Truppenkörper sich herausnehmen durfte, mit Gewalt gegen die Volksbeauftragten vorzugehen. Aber trotzdem waren die Volksbeauftragten nur darauf bedacht, weitere Erregung und Blutvergießen zu verhüten. Sie vermittelten daher freien Abzug der beiden bewaffneten Parteien nach verschiedenen Seiten. Die Reichskanzlei sollte zunächst ohne Wache bleiben; später wurde sie von den Regierungstruppen, den 12 Grenadiern, besetzt.

Verhaftung von Weis, Fischer und Bongard

Auch der Stadtkommandant Weis hatte auf die Kunde von dem Anschlag gegen die Volksbeauftragten sofort die Truppen alarmiert und schickte sich an, nach der Reichskanzlei zu fahren. Inzwischen traf jedoch die Meldung ein, daß der Regie-

rungsfiß wieder freigemacht sei. Zugleich aber hatten sich die Angehörigen der Volksmarinedivision, ungebildet geworden und zornig über das Ausbleiben der Löhnung, die sie so kurz vor dem Weihnachtsfest besonders dringend brauchten, in großer Zahl demonstrierend vor der Kommandantur versammelt. Auch die Mannschaften der Volksmarinedivision, welche die Reichskanzlei besetzt gehalten hatten, kamen gegen die Kommandantur herangezogen. Stadtkommandant Wels und sein Adjutant Fischer kehrten mit einigen Matrosen in die Kommandantur zurück und suchten sie über den wahren Sachverhalt aufzuklären. Es drangen jedoch in kurzer Zeit eine größere Zahl von Matrosen nach, und die Auseinandersetzungen nahmen bald einen lärmenden Charakter an. Währenddem fielen einige Schüsse, die zwei Angehörige der Volksmarinedivision töteten. Von den Matrosen ist nachdrücklich behauptet worden, daß diese Schüsse von der in der Neuen Wache untergebrachten Regierungstruppe aus Unteroffizieren, der sogenannten Suppe-Garde, abgegeben worden seien. Von anderer Seite wurde behauptet, daß zwei demonstrierende Abteilungen der Volksmarinedivision selber in der Dunkelheit aus Versehen aufeinander gefeuert hätten. Eine tatsächliche Feststellung darüber ist nie versucht worden und nach so langer Zeit sicherlich nicht mehr herbeizuführen; doch lag an jenem Tage in der Neuen Wache keine Suppe-Garde, sondern Eichhornsche Sicherheitswehr. Jedenfalls steht fest, daß Wels, als er den Knall der Schüsse hörte, sofort aus dem Beratungszimmer auf den Balkon sprang und mit lauter Stimme rief: »Nicht schießen! Es wird verhandelt!« Dieses Eingreifen änderte ebensowenig wie die vollkommene Schuldlosigkeit von Wels an den früheren Zusammenstößen, insbesondere dem vom 6. Dezember, irgend etwas an der Stimmung der Matrosen gegen ihn; sie standen wie weiße Kreise der Öffentlichkeit unter dem suggestiven Einfluß der täglich wiederholten Behauptung der »Rosen Fahne«, daß Wels ein Bluthund und Mörder sei und keinen schnelleren Wunsch hege als den, revolutionäre Proletarier niederschießen zu lassen. Obwohl inzwischen die 80 000 Mark Löhnung ausgezahlt worden waren — die Matrosen erfuhrn nichts davon —, wurden Wels, Fischer und Bongard von den Matrosen im Tumult verhaftet und unter schweren Mißhandlungen und den schlimmsten Drohungen nach dem Marstall geschleppt. Auch dort war namentlich Wels weiteren schweren Mißhandlungen ausgesetzt und wurde wiederholt mit dem Erschießen unmittelbar bedroht. Man zerrte ihn zu den Leichen der beiden gefallenen Matrosen und stieß die wildesten Verwünschungen und Flüche gegen ihn aus. Vergeblich versuchten besonnene Männer in der Volksmarinedivision ihn zu schützen; sie mußten weichen, wollten sie ihr eigenes Leben nicht in Gefahr bringen.

Eine Besserung der Lage der Gefangenen wurde erst durch das Eingreifen des Kommandeurs der Malkäfer, Leutnant Schulze, herbeigeführt. Dieser begab sich in das Schloß zur Leitung der Volksmarinedivision und teilte mit, daß er mit seinen »in der Nähe stehenden« 400 Malkäfern sofort den Marstall stürmen werde, wenn nicht die Gefangenen alsbald freigegeben würden. Auch andere Garnisontruppen erhoben lebhaften Widerspruch gegen das Treiben der Volksmarinedivision und hielten mit ihrer Verurteilung ihres Verhaltens nicht zurück. Man einigte sich schließlich einstimmig darauf, daß Fischer und Bongard sofort freigelassen werden sollten und Fischer an Stelle von Wels Stadtkommandant würde. Fischer wurde in das Schloß herübergeholt, machte der Volksmarinedivision seinerseits noch einmal die notwendigen Vorhaltungen und begab sich dann in die Kommandantur. Die Führer der Volksmarinedivision hatten fest versprochen, in Zukunft der Regierung freu zu dienen, das Leben von Wels zu schützen und ihn so bald wie möglich freizulassen.

Der Angriff des Generals Lequis

Gegen 2 Uhr nachts erschien indessen der Kommandeur der Matrosen Radtke auf der Kommandantur und kette sehr erregt mit, er könne für das Leben von Wels nicht mehr einstehen; die Matrosen seien zu erregt, er fürchte das Schlimmste.

Fischer schickte ihn in den Marzfall mit dem Auftrag zurück, die äußersten Anstrengungen zur Befreiung von Wels zu machen. Die gleichen Mitteilungen wie gegenüber Fischer hatte Radtke auch am Fernsprecher dem Sekretär in der Reichskanzlei Walter Dehme gemacht, der sie seinerseits den drei noch anwesenden sozialdemokratischen Volksbeauftragten übermittelte — die unabhängigen Volksbeauftragten hatten in dieser Nachtstunde die Reichskanzlei bereits verlassen. Die Volksbeauftragten hatten der Volksmarinedivision zugesagt, am nächsten Tage weiter zu verhandeln; jetzt aber kamen sie schnell überein, daß sie Wels nicht im Stiche lassen dürften, und gaben dem Kriegsminister den Auftrag, Wels unter Anwendung von Nachtmitteln so rasch wie möglich zu befreien. Der Kriegsminister zog darauf andererseits die Truppe des Generals Lequis nach Berlin und befahl ihr den Sturm auf den Marzfall. Die Stärke dieses Truppenkörpers, der in den radikalen Blättern wochenlang als »Armee Lequis« bezeichnet worden war, muß auch von der Regierung überschätzt worden sein, sonst wäre dieser Angriffsbefehl kaum zu verstehen. In Wahrheit verfügte General Lequis nur über 800 Mann, die er zu dem Kampfe einsetzen konnte. Es kam hinzu, daß der Angriff ohne jede vorherige Verständigung mit der Kommandantur unternommen wurde. Stadtkommandant Fischer hatte noch im Laufe der Nacht den Alarmbefehl für alle Berliner Truppen aufgehoben und sie dringend aufgefordert, in ihre Quartiere zurückzukehren; er dachte auf diese Weise vor allem die Angehörigen der Sicherheitswehr aus dem Marzfall zu entfernen, die sich besonders erregt und fanatisch gegen Wels benommen hatten. Der Angriff traf in der neunten Morgenstunde des 24. Dezember die Matrosen vollkommen überraschend. Ein auf zehn Minuten befristetes Ultimatum lehnten sie ab. Dann begann die Beschießung des Marzfalls aus einigen Geschützen, die zur Folge hatte, daß nach kurzer Zeit die Matrosen die weiße Flagge hiszten und in Verhandlungen wegen der Übergabe eintraten. Wels wurde freigelassen, und die Aktion schien bereits erfolgreich beendet.

Plötzlich veränderte sich das Bild. Die Sicherheitsmannschaften aus dem Polizeipräsidium hatten die Absperrung aufgehoben, und eine große Menge von Frauen, Kindern, Kriegsbeschädigten und anderen Zivilisten drängten in den Kampfraum. Bewaffnete Arbeiter kamen den Matrosen zu Hilfe. Bald waren die Regierungstruppen umringt, so daß sie sich nicht mehr zur Wehr setzen konnten. Eine größere Anzahl von Offizieren wurde entwaffnet und gefangengenommen und teilweise unter Mißhandlungen, nach dem Polizeipräsidium gebracht.

Friedensvermittlung

Schon im Laufe der vorhergehenden Nacht hatten die ruhigeren Leute in der Führung der Volksmarinedivision den Abgeordneten Ledebour aus seiner Wohnung in einem westlichen Vorort herbeigeholt, damit er seine Autorität für die Rettung von Wels einsetze. Ledebour hatte sich denn auch angelegentlich bemüht, die Matrosen und Sicherheitsoldaten zu bewegen, daß sie sich nicht an Wels vergriffen. Er wurde zuerst niedergeschrien, konnte sich aber später Gehör verschaffen; er hat auch durchgesetzt, daß vor den Haftraum von Wels ein Posten gestellt wurde; aber die Mißhandlungen und Drohungen begannen später doch wieder und hörten erst bei Beginn des Lequis'schen Angriffs auf. Nachdem gegen Mittag des 24. Dezember die Niederlage der Regierungstruppe sicher war und diese vor einer Katastrophe stand, hat Ledebour mit den von der Regierung beauftragten Vertretern, dem Matrosen Lott vom 53er Ausschuß, dem unabhängigen Vorsitzenden des Berliner Vollzugsrats Richard Müller und dem Vorsitzenden des Zentralrats Cohen (Neuß) über die Beendigung der Kämpfe verhandelt. Die Matrosen verpflichteten sich erneut, aus dem Schlosse herauszugehen, sobald andere ihnen passende Räume gefunden wären, und die Truppen des Generals Lequis erhielten freien Abzug mit Waffen. Sie waren durch die Niederlage indessen so demoralisiert, daß die Regierung in Zukunft nicht mehr auf sie rechnen konnte.

Der Kampf um Schloß und Marstall am 24. Dezember hatte mit einer schweren Niederlage der Regierung geendet und ihre Autorität erneut stark herabgesetzt. Sie mußte den Stadtkommandanten Wels fallen lassen und gab sich mit der Wahl von Fischer gern zufrieden. Aber auch Fischers Kommandogewalt wurde stark eingeschränkt: die der Kommandantur unterstehenden Truppen sollten Garnisonbefehle in Zukunft nur dann als rechtmäßig ansehen, wenn sie von dem Kommandanten, einem Mitglied des Fünferauschusses der Soldaten und einem Vertreter des Berliner Vollzugsrats gemeinsam unterzeichnet waren. Dieser Fünferauschuß trat neben der Kommandantur als gleichberechtigte Befehlsstelle stark hervor. Als Vertreter des Vollzugsrats in militärischen Angelegenheiten amtierte allerdings ohne besondere endgültige Bestallung sein von den Soldaten gewähltes Mitglied Brutus Moskenbuh. Die Machtverteilung war kompliziert und die Verhältnisse so unsicher, daß sie unmöglich dauernd so bleiben konnten; nach irgendeiner Richtung hin mußte eine Klärung erfolgen.

Lebenserinnerungen

Die Gepflogenheit mancher Zeitgenossen, beim Eintritt ins biblische Alter der Öffentlichkeit über den zurückgelegten Lebensweg Bericht zu erstatten, ist durch Weltkrieg und Revolution keineswegs aus dem Geleise gebracht worden. Im Gegenteil, die letzten Monate haben eine ganze Reihe von Druckerzeugnissen auf den Markt gebracht, deren Väter alle des Glaubens zu sein scheinen, daß sie die deutsche Memoirenliteratur um einige Stücke bereichern müssen. Zuweilen mag allerdings auch die Spekulation des Verlegers der Antrieb zur Abfassung der Erinnerungen einer im Vordergrund der Ereignisse stehenden politischen oder wissenschaftlichen Persönlichkeit gewesen sein. Ist doch oft an solchen Büchern ein schönes Stück Geld zu verdienen.

Aber die »Besonnte Vergangenheit« seiner sechzig Jahre plaudert der in letzter Zeit als Arzt und Psychologe vielgerühmte Berliner Chirurg Karl Ludwig Schleich in seinem so benannten Buche (Berlin, Verlag Ernst Rowohlt, 344 Seiten. Preis gebunden 50 Mark). Schleich ist mit vielen bedeutenden und interessanten Persönlichkeiten, besonders des geistigen Berlins, der letzten Jahrzehnte zusammengetroffen und weiß darüber mancherlei Netzes zu berichten. Da er seine Objekte auf allen Gebieten sucht, so sind seine Erinnerungen durchaus keine Fachspelei geworden, sondern eine Erzählung mit weitem Horizont. Allerdings versucht er das liebe Ich stark zu pouffieren. Mit Genuß liest man die Kapitel über Virchow, Ehrlich, Gottfried Keller, August Strindberg und Richard Dehmel.

Ebenfalls aus der Feder eines Mediziners stammen die »Lebenserinnerungen«, die der Verlag Friedrich Cohen in Bonn auf den Büchertisch legt. (430 Seiten. Gebunden 44 Mark.) Der unlängst verstorbene Berliner Anatom Wilhelm v. Waldener ist ihr Verfasser. Vierundachtzig Jahre ist der Gelehrte alt geworden, und was er da aus seinem reichbewegten Leben zu erzählen weiß, wird auch den fesseln, der seinen politischen Anschauungen nicht immer zu folgen vermag. Vom Frauenstudium, überhaupt von der Frauenbewegung beispielsweise ist Waldener kein Freund. In diesem Punkte waren die Ansichten des Gelehrten äußerst rückständige. In der heutigen Frauenbewegung sieht er lediglich »Überkultur« und »Kulturrückgang«. Für ein Einfühlen in die außerhalb seiner Fachgelehrsamkeit liegenden politischen und allgemeinen Probleme aktuellen Inhalts scheint Wilhelm Waldener schon zu alt gewesen zu sein. Die Stationen seines wissenschaftlichen Wirkens, die er beschreibt, sind nächst der Studentenzeit Königsberg, Breslau, Straßburg und Berlin.

Gestorben ist kürzlich auch ein anderer Autor, dessen Erinnerungsbuch vorliegt. Wir meinen Wilhelm Wundts Werk »Erlebtes und Erkanntes«